

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verhindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: F 7, Jannowitz 5969. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt O u. H.).

NUMMER 226 B

BERLIN • Sonntag, den 25. September 1932

1. JAHRGANG

Entscheidende Wendung im Kommunisten-Prozeß.

Neuere deutsche Polizeitechnik: Sacco- und Vanzetti-Methoden.

Hk. Die Familie Engelhardt hat am Freitag die Anklage im Totschlagsprozeß vor dem Berliner Sondergericht um eine volle Drohung gewendet: anzuklagen wären nach dieser Darstellung die Mordknechte vom Sturm 33 und niemand sonst. Bei der Familie Engelhardt handelt es sich um ein etwa 60jähriges Ehepaar, das dem Nazilokal etwas schräg gegenüber eine Treppe hoch wohnt. Der (erwachsene) Sohn wohnt in Spandau, war aber am Tage der Schießerei im Hause seiner Eltern und hat, auf dem Balkon sitzend, gesehen, was auf der Röntgenstraße vorging. Alle drei machen einen ehrlichen Eindruck; der Mann etwas konfus, die Frau und der Sohn klar und bestimmt und anscheinend gute Beobachter. Politisch sind alle drei Kindsköpfe und „Morgenpost“-Leser. Nach der Darstellung dieser glaubwürdigen Zeugen stellt sich

der Vorgang vom 29. August

folgendermaßen dar. Vor der Schießerei ein Radfahrer, der mehrmals kommt, mit der vor dem SA-Lokal (Nummer 12) stehenden Gruppe spricht, wieder fortfährt. Ebenso ein Motorradfahrer. Dann liefen zwei Männer von Tür zu Tür an dem Eckhaus 1 und dem Nebenhaus 2 — liefen schnell die paar Eingänge ab, dann schräg herüber ins SA-Lokal und gleich zurück zur Ecke Nr. 1, um die dann schon die ersten (von ihrer Häuserstaffel-Versammlung in der benachbarten Galvanistraße kommenden) Kommunisten kamen. Die beiden, die eben die Hauseingänge an der Ecke nachgesehen hatten, gingen vor den ersten Kommunisten her und „hänselten“ — wie die Engelhardts sich ausdrückten —; dabei fielen Worte wie: „Ruhig, laßt euch nicht provozieren!“ „Wer mich angreift, den schlag ich in die Schnauze!“ Darauf einer der „Hänseler“ etwa: „Kommt nur weiter, dann werdet ihr sehen, was passiert!“ Darauf piff er, lief zum Lokal herüber. Ein Ruf: „Zurück, die Hunde schießen!“ und aus dem SA-Lokal stürzten, mit Revolvern bewaffnet, zunächst etwa vier, die gleich schossen, hinter ihnen ein ganzer Schwarm Nazis, meist in Zivil, einige in Uniform, die ebenfalls schossen — über die Köpfe der ersten hinweg. Einige riegelten quer die Straße ab, bildeten eine Schützenkette und schossen auf die Ecke 1 hin, wo die Kommunisten waren. Der Flügelmann der Kette stand dabei auf der Bordeshülle der dem Lokal gegenüberliegenden Straßenseite und hielt mit dem Revolver in die eben kontrollierten Eingänge hinein. Die Kommunisten stürzten — teils mit hoch gestreckten Armen — zurück um die Ecke, wo sie hergekommen waren. Auf ihrer Seite haben die Engelhardts keine Schüsse gesehen. Irgendwoher ist der Ruf gekommen: „Die schießen ihre eigenen Leute tot!“ oder „Schießt doch nicht auf die eigenen Leute!“ Daß jemand verletzt wurde, haben die Engelhardts nicht beobachtet.

Der Schütze auf der Zeugenbank.

Der SA-Mann Dobilczek, der am Donnerstag als Zeuge vernommen wurde, wird von den Männern Engelhardt mit aller Bestimmtheit als einer bezeichnet, der geschossen hat; und auch Frau Engelhardt hat den Dobilczek als einen der ersten aus dem Lokal herausstürzen sehen. Dobilczek bestreitet matt.

Frau Engelhardt: „Sie lügen mir direkt ins Gesicht, das ist nicht fein von Ihnen!“

Und mit starker innerer Anteilnahme hält sie ihm die Einzelheiten vor, hält ihm weiter vor, daß er an dem und dem Tage (vor dem 29. August) bei der und der brutalen Mißhandlung von Gognern sich so und so betätigt hat; hält ihm vor, daß er vom 30. August ab „andere Kluff“ getragen hätte, daß er seit diesem Tage den täglichen Reinigungsdienst im SA-Lokal nicht mehr verrichtete, den er sonst gemacht hatte. „Ich konnte Sie doch seit drei Monaten!“ Eine Verwechslung sei ausgeschlossen. Die Männer bestätigen.

Dobilczek beschränkt sich darauf, matt zu leugnen, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

Er ist bisher nicht verhaftet worden.

Engelhardt (Sohn) hat noch andere Schützen genau gesehen, die er beschreibt. Einen sah er in der Röntgenstraße an einem Tage nach der Schießerei wieder; da hatte er sich den Schnurrbart abnehmen lassen. Engelhardt hat sich bei einem ihm Unbekannten erkundigt, wie der Mann heiße: „Lorenz Kubitschik“ (oder ähnlich) — so wurde ihm gesagt — und der wohne Röntgenstraße 10.

Engelhardt: „Der Mann ist bis heute nicht zu finden gewesen von der Polizei.“

Rechtsanwalt Litten beantragt, den Kubitschik gleich herbeiholen zu lassen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Tolck will Kubitschik zu morgen laden lassen, da es heute nicht mehr ginge.

Litten: Hoffentlich ist er dann noch da!

Einen Schützen mit schwarzer Reithose hat Frau Engelhardt am Morgen nach der Tat den Kriminalbeamten, die zur Untersuchung zu ihr kamen, beschrieben. Darauf haben die Beamten aus dem Lokal gegenüber einen herausgeholt, der der Beschreibung entsprach.

Frau Engelhardt hat ihnen bestätigt: Ja, das ist er. Der Mann ist später wieder freigelassen worden. Weshalb, das ist Frau Engelhardt unbekannt.

Sterdt entlastet.

Engelhardt (Sohn) hat weiter einen Schützen beobachtet, den er nach Beschreibung und Photos (bei der Polizei) in den Angeklagten Sterdt gehalten hat. Am vergangenen Montag, dem Tage vor dem Prozeßbeginn, hat Engelhardt diesen Schützen vor dem SA-Lokal wiedergesehen, ging hinunter auf die Straße, um ihn festnehmen zu lassen. Aber der Mann war fort. Ins SA-Lokal ist dann Engelhardt nicht gegangen. Er hat sich dann gesagt:

Das ist also der, den ich mit Sterdt verwechselt habe; Sterdt ist also durch mein Verschulden unschuldig angeklagt.

Er hat sich dann dabei beruhigt, daß er die Vorladung zur Verhandlung hatte und dort Gelegenheit haben würde, die Sache aufzuklären.

Was bleibt von der Anklage?

Wenn wir zunächst alle Aussagen von Nationalsozialisten oder Sympathisierenden und von den Kommunisten aus der bisherigen Beweisaufnahme herauslassen, so wird die Darstellung durch die Familie Engelhardt bestätigt, vor allem durch den Befund des Schießsachverständigen. Widerspruch gegen diese Darstellung besteht nur von Seiten der nationalsozialistischen Zeugen. Unter diesen sind für die Anklage wesentlich die zwar schlagfertige, aber fast hysterische Frau Gericke, von deren denunziatorischen Leistungen wir bereits gestern berichteten, und der angeschossene SA-Mann Kwiatkowski.

Ein klägliches Bild.

Diesem Kwiatkowski wurde am Freitag der junge Rosonau gegenübergestellt. Das ist derjenige, der am Abend der Schießerei auf Veranlassung des bereits angeschossenen Kwiatkowski als Täter festgenommen worden war, später aber wieder entlassen wurde, als Kwiatkowski vor der Polizei die Beschuldigung gegen ihn zurücknahm. Am Mittwoch hatte Kwiatkowski mit Bestimmtheit ausgesagt, daß der vor ihm auf der Anklagebank sitzende Heine dieser am Tatabend auf seine Veranlassung festgenommene Täter sei. Am Mittwoch war Kwiatkowski trotz Rosenfelds eindringlicher Ermahnung über die Tragweite seiner Aussage bei der Aussage geblieben, daß Heine dieser am Abend festgenommene Täter sei. Von seinem Irrtum (?) überführt bietet er ein klägliches Bild:

„Es ist wohl kein Zeichen von Unmännlichkeit, Herr Rat . . . , aber mir wurde etwas schlecht nach der Verwundung, da muß ich das wohl verwechselt haben . . .“

Rechtsanwalt Litten: Wollen Sie jetzt, nachdem Sie diesen „Irrtum“ erkannt haben, noch behaupten, daß die beiden, die Sie haben schießen sehen — und zwar, wie Sie uns sagten, ebenfalls, nachdem Sie schon Ihren Schuß weg hatten —, die Angeklagten Heine und Schall gewesen sind?

Kwiatkowski: Ja! —

So sehen die noch verbliebenen Reste der Anklagefundamente aus.

Polizeimethoden.

Großes Kopfschütteln rief es am Freitag hervor, als der sonst so ordentlich aussagende Zeuge Engelhardt (Sohn) berichtete, daß ihm bei der Polizei ein Photoalbum vorgelegt worden sei mit der Frage, wen er von den abgebildeten Personen erkenne,

und daß dabei alle Photos mit dünnem Durchschlagpapier zugedeckt worden seien, sodaß er durch das Papier hin-

durch die Photos anzusehen hatte. Bei dieser Besichtigung ist die Anschuldigung gegen Sterdt zustandekommen!

Nachher seien ihm (Engelhardt) die Photos auch noch ohne Durchschlagpapier vorgelegt worden; Engelhardt ist dann dabei geblieben, daß die durch Sterdts Photo gekennzeichnete Person der von ihm gesehene Schütze sei. Darüber am Freitag Kopfschütteln, weil niemand verstand, was das Zudecken mit Papier für einen Sinn gehabt haben sollte.

Am Sonnabend wurden die beteiligten Beamten vernommen, vor allem der Kriminalkommissar Sattler, der die polizeiliche Vernehmung der Zeugen geleitet hat. Engelhardts unwahrscheinlich klingende Aussagen wurden von den Beamten völlig bestätigt.

Kriminalkommissar Sattler erklärte, wenn jemand durch das Durchschlagpapier hindurch erkannt würde, so sei das eine besonders sichere Identifizierung!

Die Verteidigung beantragte, eine amtliche Äußerung des Polizeipräsidenten einzuholen darüber, ob diese Methode zulässig und üblich sei. Sei sie nicht üblich, so läge hier eine besondere Irreführung vor. Und wenn sie üblich sei — so sagte Litten —, so sei das doch eine besonders bemerkenswerte Methode. Da erhob sich der Staatsanwaltschaftsrat Wagner und beantragte, diese beleidigende Bemerkung Littens im Protokoll zu vermerken.

Sattler wurde weiter befragt,

weshalb er den Dobilczek, der auf Engelhardts Anschuldigung hin schon einmal festgenommen gewesen war, wieder freigelassen habe,

Antwort: weil die Aussagen der drei Engelhardts über den Standort des Dobilczek nicht exakt übereinstimmten und weil ihre Angabe über die Kleidung des Dobilczek nicht übereinstimmte mit der nachträglichen Behauptung Dobilczeks über seine Kleidung!

Weiter kam heraus, daß in das Photoalbum, das den Zeugen zum Herausuchen von Personen, die sie bei der Schießerei gesehen hatten, bei der Polizei vorgelegt wurde, nur Photos von den Kommunisten und ein paar Unbeteiligten hineingebracht worden waren, daß aber von keinem der 39 Nazis, die am Tatabend aus dem SA-Lokal heraus festgenommen worden waren, Photos angefertigt worden sind.

Auch diese Einzelheiten werfen Licht auf die Vorgeschichte des Prozesses, auf die Fehlverhaftungen und die kolossalen Anstrengungen der Polizei, Kommunisten ans Messer zu liefern.

Einige dringende Fragen.

1. Wann werden Dobilczek und der fragliche Lorenz Kubitschik verhaftet?

2. Wird der Anklagevertreter das Minimum an Freimut aufbringen, die Anklage auf Totschlag, versuchten Totschlag, Beihilfe und Radelführerschaft radikal fallen zu lassen?

3. Wird er weiter auf den Versuch verzichten, statt dieser unhaltbaren Anschuldigungen, auf die die Anklage lautet, irgend eine andere Anklage (etwa Landfriedensbruch) zu konstruieren?

4. Wird gegen die am ersten Abend aus dem Lokal heraus festgenommenen Nazis das Verfahren wegen Landfriedensbruchs, versuchten Totschlags und fahrlässiger Tötung eröffnet werden?

5. Wird das Verhalten der Polizei geklärt werden, die die von den Engelhardts als Täter bezeichneten Nazis „nicht auffand“, bzw. wieder freiließ?

6. Wann wird das SA-Lokal geschlossen werden, vor dem die Engelhardts — wie sie mit brutalen Einzelheiten berichten — oft Überfälle der Nazis auf andere beobachteten, nach denen, dann, die Polizei die Verletzten fortschaffte, ohne bisher einmal einen Täter ermittelt zu haben?

Der Antrag der Verteidigung, den Polizeipräsidenten über seine Methoden zu befragen, wurde vom Gericht als unerheblich abgelehnt.

Lorenz Kubitschik ist inzwischen vernommen worden: er war an dem Tatabend im SA-Lokal. Engelhardt (Sohn) stellte aber sofort fest, daß Kubitschik nicht der von ihm beobachtete Schütze ist.

(Weitere Einzelheiten dieses Prozesses: Seite 3.)

Wie man Kriegsfälle durch Ignorierung vernichtet.

Der Völkerbund tagt.

Der Völkerbundsrat trat am Freitag unter dem Vorsitz des irischen Ministerpräsidenten De Valera zu seiner 68. Tagung zusammen.

Der interessanteste Punkt der Tagesordnung ist voraussichtlich die Entscheidung über den Bericht des in die Mandschurei entsandten Ausschusses. Das heißt, die Entscheidung, die hier zunächst gefällt werden muß, ist die, ob der Bericht bereits auf dieser Tagung beraten werden soll, wie das ursprünglich vorgesehen war. Die japanische Regierung hat den Wunsch geäußert, zu dem Bericht Stellung zu nehmen und einen Vertreter nach Genf zu entsenden. Um diese Maßnahmen zu ermöglichen, fordert sie vom Völkerbund, daß er seine Behandlung des Berichts um sechs Wochen aufschiebt. Die chinesische Regierung hat den Gegenantrag gestellt. Bei der zu-

nehmenden Verschärfung der japanisch-chinesischen Beziehungen sei ein sofortiges Eingreifen des Völkerbundes und darum auch die sofortige Beratung des Berichts erforderlich. — In maßgebenden Völkerbundsreisen herrscht angeblich bereits die Meinung, daß die Behandlung des Berichts bis zu der Vollversammlung des Völkerbundes im November verschoben wird.

Als Maßnahme gegen den Streit zwischen Bolivien und Paraguay beschloß der Völkerbund in seiner Freitagsitzung — gemäß der beliebten und bewährten Verschleppungsmethode —, einen Ausschuß einzusetzen, der Bericht erstatten und, falls notwendig (!), das Eingreifen des Völkerbundes ermöglichen sollte.

Neurath berichtete über die Arbeit des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes. Der Bericht wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Neue deutsche Außenpolitik.

Mit Methode Coué in die Isolierung.

Die Meldungen „maßgebender deutscher Stellen“, die Aufsätze des deutschen Außenministers und die gesamte nationale deutsche Presse überbieten sich in der Versicherung, daß die deutsche Regierung in der Frage ihrer Beteiligung an der Abrüstungskonferenz nichts zu unternehmen habe und auch nichts unternehmen werde. Sollten England und Frankreich Wert darauf legen, Deutschland am Verhandlungstisch zu sehen, so sei es ihre Sache, die Initiative zu ergreifen, die selbstverständlich in nichts anderem bestehen könne als in der unbeschränkten Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung.

Ueber die Gefahren eines derartig unzugänglichen Standpunktes sucht die deutsche Presse, soweit sie an dieser Haltung interessiert ist, ihre Leser zu beruhigen, indem sie ihnen lauter tröstliche, deutschfreundliche Äußerungen mitteilt, die im Ausland gefallen sind:

Mussolini hat einem französischen Interviewer erklärt: „Wenn man Deutschlands Aufrüstung vermeiden will, dann gibt es nur eine Lösung: Abrüstung. Der Versailler Vertrag hat die Rüstungen Deutschlands als Vorbereitung für die allgemeine Abrüstung eingeschränkt.“

Der Präsident der in Basel tagenden pancuropäischen Union hat an den Ehrenpräsidenten dieser Union, Herriot, ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die Worte protestiert, die Herriot angeblich vor dem Kammerausschuß gesagt haben soll: „Nein, niemals, nichts!“ Er tritt dann ein für den „elementaren Grundsatz der Gleichberechtigung“ und fordert im Anschluß daran einen europäischen Pakt, der eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit einführt, eine gemeinsame Luftflotte aufbaut und einen intereuropäischen Generalstab einsetzt, dem die Kontrolle sämtlicher europäischen Rüstungen obliegt — womit sich denn die europäische Union nach grundsätzlicher Anerkennung des deutschen Standpunktes in ihren konkreten Vorschlägen die französischen Parolen zu eigen macht.

Starke und hoffnungsfrohe Erwägung findet ferner das Verhalten Hendersons, der in der Bürositzung der Abrüstungskonferenz dafür eingetreten ist, die Gleichberechtigungsfrage in den nächsten Bürositzungen öffentlich zu behandeln. Man erzählt sich, daß Henderson den allergrößten Wert darauf lege, daß Deutschland eine Rückkehr in die Abrüstungskonferenz ermöglicht werde und daß der grundsätzliche und moralische deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung Anerkennung finde — aber man hält dessen ungeachtet daran fest, daß auch der höfliche Antwortbrief Hendersons auf den Absagebrief Neuraths keine deutsche Gegenantwort erfahren dürfe, um der nationalen Ehre Deutschlands willen!

Die einformig wiederholte Verweisung auf derart unsichere Kronzeugen für das Verständnis und die Freundschaft, die der deutsche Standpunkt angeblich im Ausland erfährt, erinnert verdächtig an die Vorschriften, die der französische Heilkundige Coué seinen Patienten gab: monoton morgens, mittags und abends einen auf den betreffenden Fall sorgsam zugeschnittenen Satz zu wiederholen. Hier heißt er etwa: Sie haben uns gern und wir halten schon durch! Da sich aber durch Selbstsuggestion keine internationalen Beziehungen zwischen den Staaten anbahnen lassen, so ist damit zu rechnen, daß dieses sture und selbstsüchtige Poehen auf die eigenen Ansprüche Deutschland endgültig in die politische Isolierung hineintreibt.

Mit Strafporto und Zollblockade.

China gegen Mandschukuo.

Die chinesische Regierung hat die Eröffnung einer Zollblockade gegen den neuen mandchurischen Staat beschlossen, die voraussichtlich schon am Sonntag in Kraft tritt.

Die ersten eigenen Briefmarken des Staates Mandschukuo finden in China keine Anerkennung. Die chinesische Post erhebt auf jeden Brief, der nur mit diesen Marken frankiert ist, Strafporto.

Der neue Botschafter in Rom ist der Schwiegersohn von Tirpitz; bei Rechtsregierungen ist er schon mehrfach als der kommende Außenminister genannt worden. Daß man ausgerechnet ihn nach Italien schickt, scheint darauf hinzudeuten, daß Papeu dem nationalsozialistischen Werben von Mussolini einen bewährten konservativen Einfluß entgegensetzen will. Der bisherige Botschafter in Rom, Herr von Schubert, der durch Stresemann in seinen Posten gekommen war, ist begreiflicher Weise diesen heutigen Anforderungen nicht gewachsen.

„England hat Indien gestohlen!“

Patel wirbt um die öffentliche Meinung in USA.

Einer der Führer der indischen Freiheitskämpfe, Patel, ist am Freitag in New York eingetroffen, um die öffentliche Meinung in Amerika für den Kampf Indiens aufzurufen. Er selber bezeichnete seinen Auftrag als den einer „Unterrichtung des amerikanischen Volkes in der Philosophie Gandhis“. In einer Unterredung erklärte Patel: „England hat Indien gestohlen, es muß unser Eigentum zurückgeben. Wir wollen völlige Unabhängigkeit.“ Ueber die Möglichkeit eines Hungertodes Gandhis befragt, sagte Patel: „Gandhi steht zwischen dem englischen Weltreich und der Revolution. Ohne ihn würden die Leben der Engländer in Indien nicht sicher sein. Er wird den gegenwärtigen Hungerstreik siegreich überleben.“

Der Wechsel in der Besetzung der deutschen Botschaften von Paris, London und Rom ist nun endgültig festgelegt. Die neuen Botschafter, von Hoersch für London, Köster für Paris und von Hassell für Rom, sind ernannt worden. Gleichzeitig ist mitgeteilt worden, daß weitere Veränderungen auf Botschafterposten nicht bevorstünden.

Die anderen Spieler fallen natürlich gegen einen solchen Partner ab. Das ist weniger ihre Schuld als ihr Unglück. Aber ihr Spiel ist, da nur Moissi vollendete Kunst alle Mängel der anderen wie eine unerbittliche Sonne beleuchtet, gewiß zu loben. Die Mutter des zweiten Gatten, die zwischen Mutterliebe, Eigenliebe, Standesbewußtsein und veralteten Traditionen hin- und hergerissen wird; die Zigeunerin Mascha, die reine Liebe Fedjas, und Lisa, die Gattin Fedjas, deren Liebe Fedja im Grunde nie verloren hatte, — sie alle helfen gut zum Gelingen. — Weniger überzeugte Karenin, Lisas zweiter Gatte, der aus einer gewissen Steifheit nicht herauskam.

Das Urteil über das Ganze bleibt bestehen.

Ein Wort des Bedauerns und der Trauer muß gesagt werden über die offensichtliche Unwirksamkeit einer Bühne auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. selbst da, wo diese Bühne als eine „moralische Anstalt“ nicht nur angesehen werden will, sondern, wie das bei Künstlern wie Tolstoi und Moissi selbstverständlich ist, auch wirklich auftritt. Eine moralische Anstalt ist eine Bühne mit solchen Autoren und solchen Darstellern der Anlage und der Fähigkeit nach gewiß. Warum wirkt sie nicht besser auf die Moral; warum ist von dem bildenden Einfluß solcher unerhörten Kunstwerke im ganzen gesehen, wenn wir die Kultur der Gesellschaft betrachten, nichts zu spüren? Das ist eine Frage, die man unmöglich übersehen kann, die man nicht übersehen darf, gerade wenn man, wie wir mit dem ISK und unserem „Funk“, für Recht, Freiheit und Kultur kämpfen wollen.

Den Grund für diese offensichtliche Unwirksamkeit selbst solcher Kunst sehe ich darin, daß sie längst das Monopol einer kleinen Gruppe geworden ist, die längst die im Innern nach Bildung und Kultur Hungrigen von dieser Götterspeise verdrängt hat und ihnen durch einen Kampf auch um die gewöhnlichsten Lebensbedürfnisse schon die Zeit und — auf die Dauer — auch die seelische Aufnahmefähigkeit geraubt hat, solchen Kunstwerken mit Erfolg zu lauschen. „Armut ist ein schöner Glanz von innen“ — gewiß ein stolzes Wort; aber in der Regel doch nur für den, der nicht arm ist. Die Verknennung der Tatsache, daß ein verhungertes und deshalb beinahe verzweifelter

Simon bei Neurath.

Vorläufig belanglose Unterhaltungen.

Der englische Außenminister Simon hat bereits den ersten Tag der Völkerbundsratssitzung benutzt, um die vertraulichen Beratungen mit Neurath zu beginnen. Am Freitag nachmittag hatten die beiden Außenminister eine anderthalbstündige Unterredung, die ohne Zeugen stattfand.

Im Verlaufe der Unterredung ist zwischen dem deutschen und dem englischen Außenminister eingehend die gesamte Abrüstungsfrage in jeder Richtung hin besprochen worden; jedoch kamen in dieser Unterredung weder von der einen noch von der anderen Seite irgend welche Vorschläge.

Mit anderen Worten: Die Verständigung hat noch keine Fortschritte gemacht, wenn auch, wie in Genf erzählt wird, der Ton der Unterredung durchaus „herzlich“ gewesen sein soll. Nach Genfer Gerüchten hat der englische Außenminister seinen Besuch durch eine vorherige Fühlungnahme mit dem Vertreter Italiens, Rosso, vorbereitet. Dabei soll der Plan erwogen worden sein, den Abschnitt V des Versailler Vertrages zunächst einmal für fünf Jahre durch ein Abrüstungsabkommen zu ersetzen, das u. a. Deutschland von gewissen Abrüstungsbedingungen befreie — z. B. von dem Verbot gewisser Verteidigungswaffen — und ihm eine verhältnismäßig geringe Ausdehnung seiner Heeresmacht erlaube. Neurath habe derartige Pläne zurückgewiesen, da sie der deutschen Forderung nicht genügten. Auch die in der englischen Presse gemeldete Aufforderung Simons, Neurath möge sich mit Herriot und Paul-Boncour in Verbindung setzen, scheint von Neurath — um der deutschen Festigkeit willen — abgelehnt worden zu sein.

Regierungskrise in England.

Weitragende Folgen der Ottawa-Konferenz.

Die englische Presse beschäftigt sich mit der Frage, ob die drei liberalen Minister, zu denen der Innenminister Samuel und der Handelsminister Runciman gehören, noch länger im Kabinett verbleiben werden. Die liberalen Minister stehen seit dem Abschluß der Ottawa-Konferenz vor einer schwierigen Lage. Bis dahin konnten sie gegen die ihrer liberalen Auffassung widerstrebenden englischen Zollmaßnahmen gelegentlich Protest erheben, ohne sich deshalb auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung im Kabinett einzulassen. Sie beriefen sich darauf, die Maßnahmen seien nur vorübergehend und sollten der Behebung der Handelskrise dienen. In Ottawa sind nun aber dauernde Zolltarife eingeführt worden, die Liberalen stehen damit erneut vor der Aufgabe der Stellungnahme. Die Entscheidung über das Verbleiben der drei Minister im Kabinett wird voraussichtlich erst in der nächsten Kabinettsitzung am 28. September fallen.

Die konservativen Blätter plädieren begreiflicher Weise sehr für ein Ausscheiden der liberalen Minister, da damit die Aussicht auf ein vorwiegend konservatives Kabinett wächst. Auch die Linkliberalen sprechen dafür: sie hoffen auf eine engere Verbindung der Samuel-Gruppe mit den Anhängern Lloyd Georges. Nur MacDonald möchte die liberalen Kollegen halten. Der „nationale“ Charakter seiner Regierung ist bedroht, wenn sie zu sehr in die Hände der Konservativen übergeht.

Scharfe Sparmaßnahmen in der englischen Verwaltung.

In einem Rundschreiben fordert der englische Schatzkanzler alle Regierungsämter zu den schärfsten Sparsamkeitsmaßnahmen auf. Unter anderem ist eine Vereinfachung der Arbeitsmethoden, Einschränkung der Schreibarbeiten, Kürzung der Ausgaben für Telephon und Büroausstattung, sowie Unterlassung aller nicht unbedingt wichtigen Arbeiten vorgesehen. Möglicher Weise ist auch mit der Entlassung oder Versetzung mehrerer hundert Angestellter zu rechnen. Die Sparsamkeitsforderung des Schatzkanzlers gliedert sich in den Rahmen der vorgesehenen großen Einsparungen in der Verwaltung, deren Höhe von einem besonders eingesetzten Regierungsausschuß vorläufig auf rund 12 Millionen Pfund berechnet worden ist.

Alexander Moissi als „lebender Leichnam“.

Im „Berliner Theater“ wurde am Freitagabend Tolstois Drama: „Der lebende Leichnam“ neu aufgeführt. Das Stück von dem ehrlichen, aber willensschwachen Fedja, der mit seiner Ehe nichts anzufangen weiß, sich dem Trunk ergibt, seine Frau verläßt und ihr gern die Scheidung ermöglichen möchte, die sie braucht, um einen anderen Mann heiraten zu können. Fedja kann in seinem Widerstand gegen die übliche bürgerliche Verlogenheit nicht den gewöhnlichen Weg gehen; die Beamten zu bestechen und das Hohe Konsistorium anzulügen, er allein habe die volle Schuld an dem Zusammenbruch der Ehe. Und so will er sich das Leben nehmen, um dadurch den anderen Beteiligten die Freiheit zu verschaffen. Aber auch hier übermannt ihn die Schwäche: er hat bereits den Brief mit der Ankündigung seines Freitodes fertig geschrieben, legt aber den angesetzten Revolver wieder fort; die Frau, die er liebt, bringt ihn auf den Gedanken, einen Selbstmord vorzutauschen, was sie beide auch durchsetzen. Die zufällig auftauchende Leiche eines Unbekannten erleichtert ihnen die Täuschung. — Tedja wird trotzdem nicht in Ruhe gelassen, so daß er doch noch zum Revolver greifen muß, um von den Behörden und der Schlechtigkeit fortzukommen.

Diese Rolle nun, schon von Tolstoi, dem Autor selber, in eine überzeugende, anklagende und in des Wortes wahrster Bedeutung erschütternde Form gegossen, wird durch Moissi in einer Weise vorgelebt (man kann unmöglich sagen: vorgespielt), daß man kaum anders über einen solchen Abend schreiben kann als in Worten des Dankes an den Künstler, der es fertig bringt, einen alles um sich herum vergessen zu machen, und diesem reinen Charakter des Tedja zu lauschen. Moissi zu folgen, der das Werk eines Künstlers in einer künstlerisch unerhört einwandfreien Form zum Ausdruck bringt, mit einer Anmut und Würde auftritt, die sich auch im kleinsten zeigen — und sei es im Aufnehmen eines Veilchenstraußes, den ein Begeisterter ihm zuwirft.

Wer Moissi in diesem Stück nicht sieht, hat etwas Unwiderbringliches verloren.

Mensch nicht für Schönheit empfänglich sein kann, die man ihm zeigt, wenn er empfindet, daß nicht einmal Gerechtigkeit ihm zuteil wird, die tiefe Ueberzeugung aller unvorgenommenen Menschen, daß eine Gesellschaft ohne Gerechtigkeit nicht verdient, zu existieren, selbst wenn sie im einzelnen noch so wunderbare Kunstwerke hervorbringt, — diese Tatsachen haben bewirkt, daß die Kunst den Einfluß verloren hat, den sie in einem Rechtsstaat ausüben könnte und auch sollte: die Menschen zu bilden und zu erheben. Unter Verhältnissen wie den heutigen macht sie das in der Regel nicht einmal mit denen, die noch die äußere Möglichkeit haben, mit ihr in Berührung zu kommen. Daß sie in bezug auf Bildung so gut wie nichts erreicht, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die im „Lebenden Leichnam“, aber auch anderswo an vielen Stellen vorgebrachte und begründete Kritik an faulen Stellen der Gesellschaft selten vermocht hat, auch nur das Geringste zu ändern. Wie viele Richter und Staatsanwälte mögen den „Lebenden Leichnam“ gesehen haben; und wie wenige haben daraus gelernt, was für ein Wahnsinn es ist, eine Ehe zwei Menschen aufzunötigen, die sie nicht mögen, welcher Irrsinn darin liegt, die Beamten in den inneren Angelegenheiten von Menschen herumwühlen zu lassen wie in Aktendeckeln. Haben sie gelernt, wie ihnen Tolstoi geraten hat, sich zu schämen vor Menschen, denen der Anstand gebietet, auf die rohen Fragen banausenhafter Untersuchungsrichter nicht zu antworten? Keine Spur davon ist eingetreten!

Eine Tragik: Die herrschende Klasse ist verroht, sodaß die für sie reservierte Kunst für sie bloßer Genuß ist, nicht eine mahnende Anregung: Gehe hin und tue desgleichen!

Die unterdrückte Klasse kommt an die Kunst gar nicht erst heran und wirft sie schließlich zusammen mit den anderen Einrichtungen der Klassengesellschaft als bürgerlich auf den Kehrhaufen.

Ich kann mir denken, daß Künstler wie Moissi auch den mit Recht der Klassengesellschaft und ihren Klasseneinrichtungen feindlich gegenüberstehenden Menschen einen Begriff beibringen und ihnen das Gefühl öffnen könnten für eine wahre Kunst, die unbeeinflusst durch Interessen materieller Art einen Weg zeigt aus den Niederungen menschlicher Verkommenheit zu den Höhen ewiger Vollkommenheit.

Willi Eichler

Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Die Einen verweigern Munitionstransporte.

ITF. Die argentinische Eisenbahnerorganisation hat beschlossen, den Transport von Kriegs- und Munitionsmaterial, das für Bolivien und Paraguay bestimmt ist, zu verweigern. Sie hat an alle Eisenbahner Südamerikas die Bitte gerichtet, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen.

Warum folgt die Internationale Transportarbeiter-Föderation nicht dem Beispiel ihres argentinischen Mitgliedsverbandes in bezug auf den Krieg im Fernen Osten?

Die Anderen fordern es von den Regierungen!

IGB. Auf dem Kongreß der Internationale der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe, der kürzlich in Luzern stattfand, wurde auch über die Frage der „Kriegszahlung“ gesprochen. Zur Erhaltung des Friedens forderte der Kongreß „die Regierungen auf, gegen jedes Land den Boykott zu erklären, dessen Regierung sich weigern sollte, entsprechend dem Geiste des Kellogg-Paktes einen Streitfall dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Haag zu unterbreiten und aus diesem Streitfall einen Vorwand für Kriegshandlungen herleitet“.

Die Methode der argentinischen Eisenbahner, selber den Boykott aufzunehmen, ist sicher wirksamer!

Sowjet-Interessen gegen Gewerkschaftsinteressen.

ITF. Das Organ des schwedischen Gewerkschaftsbundes berichtet über den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen den Arbeitern und der schwedischen Firma des russischen Naphtha-Syndikats, der den Grundsätzen des Transportarbeiterverbandes zuwiderläuft. Nach diesen Grundsätzen hätte der Tarifvertrag eine Klausel enthalten müssen, die den Arbeitern das Recht zusichert, während der Geltungsdauer des Vertrages an Streikbewegungen oder Sympathie-Boykotten teilzunehmen. Diese Klausel ist in den meisten schwedischen Kollektivverträgen enthalten. Darüber hinaus hätte der Vertrag festsetzen müssen, daß die Verweigerung des Transportes mit Boykott belegter Waren oder der Warenlieferung an auf den Index gesetzte Unternehmungen oder der Zusammenarbeit mit Personen, die es an Solidarität gegenüber dem Schwedischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden, haben fehlen lassen, nicht als Vertragsbruch betrachtet werden darf. Die Mehrheit der Arbeiter des Naphtha-Syndikats sind der Ansicht, daß die Forderungen der Sowjet-Unternehmung schwerer wiegen müssen als die der Gewerkschaftsorganisationen. Das Komitee der Transportarbeiter-Föderation hat diese Ansicht nicht billigen können und hat, indem es auf den Statut stützte, die Mitglieder vor die Alternative gestellt: entweder loyal ihre Verpflichtungen der Organisation gegenüber zu erfüllen oder aus der Organisation auszutreten. Eine unter den Arbeitern veranstaltete Abstimmung hatte zum Resultat, daß 53 Arbeiter sich weigerten, die vom Gewerkschaftsbund und der Föderation geforderte Loyalität zu bezeugen. Die Föderation hat sie darum aus ihren Reihen ausgeschlossen.

Ist der Beschluß der Arbeiter des Naphtha-Syndikats richtig?

Es ist verständlich, daß diese Arbeiter nicht die Absicht haben, gegen ihr Unternehmen zu streiken. Da die Sowjet-

firma wahrscheinlich die Arbeiter nicht zu besonders schlechten Bedingungen beschäftigt, wird für die Belegschaft auch höchstens ein Solidaritätsstreik in Frage kommen. Einen solchen Streik nicht mitzumachen, ist auch im Interesse kommunistischer Betriebe nicht zulässig.

Wie steht es mit der Frage des Boykotts? Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Gewerkschaften russische Waren boykottieren werden. Wenn sie das einmal tun wollen und die Belegschaft kommunistischer Unternehmungen hält diesen Boykott für unberechtigt und bringt es nicht fertig, sich über diese Frage mit dem Verband zu einigen, dann wäre ein Austritt aus der Gewerkschaft vielleicht dann gerechtfertigt. Aber die Verweigerung der gewerkschaftlichen Solidarität, nur weil die Möglichkeit besteht, daß sie einmal auch für russische Unternehmungen unangenehm sein könnte, entbehrt jeder Berechtigung.

Nicht nur in Deutschland wird die Not verordnet.

IGB. Die holländische Regierung hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, demgemäß die Krise nach deutschem Muster bekämpft werden soll: Senkung der Beamtengehälter um 8 bis 13 Prozent, Abbau von 12 Prozent der Staatsbeamten, Kürzung der Erwerbslosenunterstützung um 15 Prozent u. s. w.

Die freien Gewerkschaften und die SP haben gemeinsam einen Aufruf gegen diese Verordnung erlassen und schon 50 Versammlungen unter freiem Himmel angesetzt.

ITF. In Polen wurden die Beiträge der Eisenbahner für die Unterstützungs- und Pensionskasse um 50 Prozent erhöht. Gleichzeitig mit den Beiträgen ist die Zahl der Dienst-

Post- und Telegraphenbeamte gegen parteipolitische Neutralität.

Auf dem 21. Verbandstag dieser Organisation wurde in einer Entschließung an ihre Spitzenorganisation, den Deutschen Beamtensbund, mit Bedauern festgestellt, daß dieser zum Beispiel zur Reichspräsidentenwahl und zu anderen staatspolitischen Ereignissen von großer Bedeutung mit dem Hinweis auf die parteipolitische Neutralität keine Stellung genommen habe, obwohl eine Stellungnahme im Interesse der Beamtenschaft geboten gewesen sei. Der künftige Aufbau des Deutschen Beamtensbundes müsse so gestaltet werden, daß der soziale Geist, der in dem Bund herrschen sollte, auch überall zum Ausdruck komme.

Nazi-Methoden machen Schule, auch bei Kindern.

In Krotzingen bei Memel gerieten zwei Jungen in Streit, bei dem ein vierzehnjähriger seinem zwölfjährigen Freund einen Messerstich versetzte, der ins Herz drang und den sofortigen Tod des Jungen zur Folge hatte.

Der vierzehnjährige Mörder wurde verhaftet.

Kundgebung des Hamburger Linkskartells: Kriegsgefahr!

Dienstag, den 27. September, 20 Uhr, im Curiohaus: Es sprechen: Theodor Plivier, Fr. M. Hopstock-Huth, Alfons Heising, Hermann Wolters, Peter Riss. Unkostenbeitrag 50 Pf.

Der Prinz fällt ebenso schnell wieder zusammen.

„Dann ist nichts mehr zu machen!“

Die übrigen Staatssekretäre werden gerufen, um die Form zu erwägen, in der dem Abgeordneten Ebert die Kanzlerschaft zu übertragen ist. Die Herren haben auf diesen Ruf gowartet und treten sofort ein, aber es kommt zu keiner einheitlichen Debatte mehr. In verschiedenen Gruppen stehen sie im Zimmer herum und sprechen über alles Mögliche, über die Nationalversammlung, über die Ereignisse auf den Berliner Straßen, über die Haltung des Kriegsministeriums und des Oberkommandos in den Marken, über die Fahrtmöglichkeiten in die Heimat. . . . Kanzleidiener kommen herein und suchen bestimmte Herren, die irgendwo dringend verlangt werden. Sogar Scheidemann taucht mitten im Gewühl auf. Der an der offenen Tür wartende Ebert wird bereits Herr Reichskanzler genannt. Vorübergehende gratulieren ihm und schütteln ihm die Hand.

Der Prinz versucht mit Dr. Simons, Dr. Solf und dem Grafen Bernstorff das Notwendige zu klären. Aber immer wieder wird er unterbrochen. Wie ein großes Karussell drehen sich die Gruppen um ihn herum und immer andere Köpfe tauchen auf, die etwas von ihm wissen wollen.

Jetzt ist es der Oberstleutnant van den Bergh.

Er bringt eine Meldung des Oberkommandos:

„Auf Grund der Meldung des Gardekörps, daß die größte Zahl der vorhandenen Truppen nicht schießen werde, Arbeiter- und Soldatenräte bildet, fragt General v. Linsingen an, ob von der Schußwaffe unter diesen Verhältnissen noch Gebrauch gemacht werden soll. Entscheidung sofort erbeten, da bis 2 Uhr ein Herausströmen großer Massen — 30 000 — zu erwarten!“

Der Kriegsminister stellt sich in Positur:

„Ich befehle, es soll von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden zum Schutze des Lebens

und des Eigentums des Bürgers, ferner zum Schutze der Gebäude. Ich bitte, die Meldung unverzüglich dem Großen Hauptquartier, Exzellenz v. Plessen, zu übermitteln!“

Da die griechische Regierung nicht bereit ist, den Seelenten auf ähnliche Art die Not zu verordnen, drohen die Reeder griechischer Frachtdampfer, statt der griechischen künftig die Panama-Flagge zu hissen.

Zwei Seiten der Krise in den USA.

ITF. 54,5 Prozent der Arbeiter amerikanischer Reparatur- und Unterhaltungswerkstätten für den Eisenbahnverkehr sind erwerbslos. Die Gesamtsumme der in diesen Werkstätten ausgezahlten Löhne ist während der Krise um 67,6 Prozent zurückgegangen.

Die amerikanischen Eisenbahngesellschaften fordern gerade jetzt einen neuen Lohnabbau, mit der üblichen Begründung der wirtschaftlichen „Notlage“. Diese Notlage hat auch die Reconstruction Finance Corporation, die für die Wiedergesundung der amerikanischen Wirtschaft gegründet worden ist, eingeschrieben. Sie hat den Eisenbahngesellschaften allein im August 61 Millionen Dollar bewilligt, um ihnen die Bezahlung der fällig werdenden Obligationen zu sichern. Im Jahre 1931 sind die amerikanischen Eisenbahnen noch in der Lage gewesen, auf das bei ihnen investierte Kapital einen mittleren Zinssatz von 5 Prozent zu zahlen.

Der Einnahmerückgang der größeren Eisenbahnen.

ITF. Verglichen mit 1929 haben sich die Einnahmen der Eisenbahnen gesenkt:

in Deutschland	um 28,1 %
in England	um 12,9 %
in Frankreich	um 9,6 %
in Italien	um 23,3 %
in USA	um 23,4 %
in Kanada	
(National Ry.)	um 33,9 %
(Canadian Pacific)	um 32,1 %

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Mittwoch, 28. September, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall Nr. 82, I. Thema: Die Wirtschaftspolitik der Papen-Regierung und die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Eisenach: Mittwoch, 28. September, 20.1/4 Uhr, im Gasthaus „Urania“. Thema: „Die politische Lage.“

Hannover: Mittwoch, 28. September, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: „Das Papen-Programm zur Rettung des Profits.“

Hamburg-Hammerbrook: Dienstag, 27. September, 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung und die Arbeiterschaft. Droht in Deutschland Inflation? Redner: Hellmut Rauschenplat, Berlin, Wirtschaftsredakteur des „Funken“.

Mainz: Dienstag, 27. September, 20 Uhr, im Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Papen-Deutschland und der Weg sozialistischer Arbeiterpolitik.

München: Dienstag, 27. September, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Papen-Deutschland und der Weg sozialistischer Arbeiterpolitik.

Freie Aussprache! Eintritt freil

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

90)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Der Kanzler wendet sich wieder an Ebert: „Ich habe dem Kaiser bereits vorgeschlagen, daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausschreibt — diese Versammlung würde dann entscheiden, wie Deutschland künftig regiert werden soll.“

„Mit dem Gedanken dieser Nationalversammlung können wir uns einverstanden erklären!“ antwortet Ebert.

„In einer halben Stunde werde ich Ihnen meine Entscheidung mitteilen!“

Prinz Max verneigt sich kurz und verläßt die Bibliothek. Die Gruppen lösen sich auf. Durch die Türen drängt sich ein Schwarm von Journalisten. Staatssekretär Haubmann verwickelt Ebert in einen Disput über die Einberufung der Nationalversammlung und bezweifelt, daß die Entfesselung eines Wahlkampfes in den Zeiten der revolutionären Erhebung ein richtiges Bild ergeben würde.

„Darüber muß man noch nachdenken“, mein Ebert.

Der Prinz kehrt mit Graf Bernstorff und Dr. Solf in sein Arbeitszimmer zurück; erst beim Eintreten bemerkt er den Kriegsminister. Der Kanzler denkt nicht mehr daran, daß er vor zwei Stunden ein Schießverbot befürwortet und Blutvergießen vermeiden wollte. Er ist nicht mehr der Christ, der für seine Außenpolitik Bibelzitate gefunden hat, nicht mehr der Demokrat, der mit Ebert paktiert und die Nationalversammlung vorschlägt, — er ist nur noch der Prinz und Erbe einer alten Dynastie, der plötzlich erschreckend klar sieht, daß in dieser Stunde das Schicksal des Kaiserreichs und aller deutschen Dynastien entschieden wird. Ein taumelnder Gedanke kommt ihm an. Vielleicht können die Waffen noch alles wenden.

„Sind die Truppen zuverlässig?“ fragt er hastig den Kriegsminister.

„Nach den letzten Meldungen ist das leider nicht anzunehmen!“



und des Eigentums des Bürgers, ferner zum Schutze der Gebäude. Ich bitte, die Meldung unverzüglich dem Großen Hauptquartier, Exzellenz v. Plessen, zu übermitteln!“

Die Sozialdemokraten sind ungerufen da.

Von der Tür her schreit einer:

„Wir glauben die Ruhe in der Stadt verbürgen zu können. Wir schicken den Arbeiterzügen Deputationen entgegen. Den Schutz brauchen wir nicht.“

Der Kriegsminister ruft zurück:

„Wenn Sie nicht geschützt zu werden brauchen, so ist das Ihre Sache. Und wenn Sie Parlamentäre hinausgeschickt haben zu den heranrückenden Arbeitermassen, so ist das auch Ihre Sache. Aber es gibt auch eine Truppe. Und solange es eine Truppe gibt, muß sie sich an die Vorschrift halten. Es handelt sich lediglich um Schutz für Leben und Eigentum der Bürger und um unmittelbaren Schutz der Regierungsgebäude.“

Herr Oberstleutnant, übermitteln Sie auch diesen Wortlaut dem Oberkommando in den Marken!“

Oberstleutnant van den Bergh kommt bald zurück.

„Exzellenz v. Linsingen läßt melden, daß die Soldaten vermutlich auch nicht mehr zum Schutz der Regierungsgebäude schießen!“

Das eigentlich zu behandelnde Problem scheint vergessen, keine Vorschläge, keine Debatte, keine Abstimmung. Aber der Prinz Max will diese Sache zu Ende bringen.

Der draußen wartende Ebert wird hereingerufen.

Ebert, Bauer, Scheidemann und die beiden sozialdemokratischen Arbeiter stehen vor dem Kanzler. Das Drehen dieser Monge von Gesichtern hört einen Moment lang auf, auch das Durcheinander von Reden. Nur die Türen geben immer wieder auf, Beamte, Diener, Journalisten kommen herein.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Unternehmer-Vorstöße und -Niederlagen.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat 100 Angestellte entlassen, darunter nur zum Teil solche, die von vornherein als vorübergehende Hilfsarbeiter eingestellt worden sind.

Weitere Entlassungen berichtet der „Vorwärts“ aus der AEG, die etwa 600 Angestellten jetzt, also nach der Paponischen Prämien-Verordnung, gekündigt hat. Interessant ist bei dieser Firma, daß ihr

Bestand an Direktoren und Prokuristen in der gleichen Zeit, in der etwa 4600 Angestellte entlassen worden sind, so gut wie nicht verringert worden ist. Man hat also offenbar die anderen Angestellten mit der Arbeit der Entlassenen zusätzlich belastet und braucht natürlich, um die Durchführung dieser Maßnahme zu sichern, entsprechend mehr Antreiber.

Bei solchen Betrieben müssen die Gewerkschaften ein wachsames Auge haben, daß diese sich nicht in nächster Zeit als notleidende Betriebe daranzustellen, auf Grund der Notverordnung die Löhne der unteren Angestellten und der Arbeiter weiter abzubauen. Wo man in der AEG mit Bezügen abbauen kann, zeigt die bisher unwidersprochen gebliebene Behauptung, daß die Witwe des verstorbenen Leiters der AEG, des Geheimrats Deutsch, eine Jahrespension von 300 000 Mark beziehen soll.

Die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft hat vor, 200 Angestellte zu entlassen, wenn diese sich nicht mit einer Gehaltskürzung von 4 Prozent einverstanden erklären bei einer Senkung der Arbeitszeit auf 44 Stunden.

Auch die Commerzbank will aus ihrer Zentrale 100, und aus den Berliner Depositenkassen etwa 60 Angestellte entlassen.

Der „Vorwärts“ fragt, ob die Subventionen an die Banken gegeben worden seien, um die hohen Direktionsgehälter zu behaupten und Massenentlassungen von Angestellten vorzunehmen. Wir sagen dazu, daß die von dem „Vorwärts“ so begrüßte und — wie unterrichtete Menschen immer wieder behaupten — von Herrn Hilferding seinem Freunde Brüning angeratene Bankensanierung von einer kapitalistischen Regierung vorgenommen worden ist, war mit einer anderen Verwendung selbstverständlich nicht zu rechnen.

Zu dem Streik bei der Buchdruckerei Elsner in Berlin teilt die Streikleitung mit, daß bei der Firma Elsner folgende laufenden Druckerarbeiten vorgenommen werden:

Im Buchdruck: Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, Verkehrstechnische Woche, St. Georg, Friseur-Zeitung, Bildungs-Zeitschrift, Deutsche Post, Der Bahnbau, Der Papierfabrikant, Deutscher Drucker, Fortschritte der Medizin, Photofreund, Der Kinomateur, Salamander-Katalog, Telefunken-Katalog und Preisliste, Der Arbeitgeber, Die Reichsbahn, Eisen-Zeitung, Der Deutsche Spiegel, Beamten-Bund, Das Bau-gewerbe, Allgemeine Automobil-Zeitung, Beamten-Jahrbuch, Groß-Berliner Aerzte-Blatt, Photoweche, Photofreunde-Jahrbuch 1933, Kinotechnik, Shell-Führer, laufende Arbeiten für die Firmen Bauer u. Co. (Sennator) und Schoring-Wahlbaum. Im Tiefdruck: Zeit im Bild, Leben im Bild, Landwirtschaft und Gartenbau, Bildbericht, Apotheker-Zeitung, Woche im Bild, Wort und Bild, Sparkassenbote, Friedrich-Wilhelm-Versicherungs-AG.

Die Vertrauensmänner in den Betrieben verwandter Branchen müssen also ein wachsames Auge darauf haben, daß von ihren Betrieben keine Streikbrochurarbeit geleistet wird.

Die Buchdruckerei Paß & Garlieb in Berlin hat ihrer gesamten, 200 Köpfe starken Belegschaft gekündigt. Sie will auf Grund der Notverordnung die Tariflöhne für die bekannten zehn Wochenstunden um 40 Prozent senken.

Weitere sechs Firmen der Berliner Buchdruckereien wollen auf Grund derselben Notverordnung ebenfalls den Lohn abbauen.

Streikbrecher in Wuppertal.

In Wuppertal-Ronsdorf kam es anlässlich des Streikes in dem Kabelwerk Reinshagen mehrfach zu Unruhen. Streikbrecher (die in den vorliegenden Meldungen Arbeitswillige genannt werden) haben polizeilichen Schutz in Anspruch genommen, weil sie sich bedroht fühlten. Als fünf Streikbrecher unter dem Schutz von Polizeibeamten nach Hause gehen wollten, folgte ihnen eine große Menschenmenge, aus der Steine geworfen worden sein sollen. Durch einen daraufhin abgegebenen Schuß wurde einer aus der Menge am Oberschenkel verletzt. Die Polizei ist verstärkt worden und hat Karabiner erhalten, — eine infolge ihrer weiten Tragfähigkeit für den Straßenkampf ganz unmögliche Waffe, da in vielen Fällen Unschuldige dadurch getroffen werden können.

Opfer der Kriegsspielerei.

An dem Rotorschiff „Barbara“, das an den Manövern der Reichsmarine teilgenommen hatte, löste sich in der stürmischen Nordsee ein Rotorturm und stürzte über Bord. Dabei streifte er einen Leichtmatrosen und verletzte ihn schwer, so daß er in Cuxhaven an Land gesetzt und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Der Arbeitsdienstfreiwillige Günther Westphal aus Schmoldemühl, der in einem Arbeitslager in Selchow tätig war, ist nachts durch zwei Schüsse eines unbekannten Täters lebensgefährlich verletzt worden. Ob es sich um eine politische Angelegenheit handelt, ist noch nicht bekannt.

Man wird in solchen Fällen an die in den „nationalen“ Kriegen, aus denen die Arbeitslager in der Regel bestehen, gut bekannte Einrichtung der Feme erinnert.

Wegen einer nicht geschlossenen Schranke fand am Freitag der Kräftewagenführer Gustav Liebig den Tod. Der von L. geführte Lastwagen wurde bei Radeburg von dem Schnellzug Dresden—Leipzig überfahren, eine Strecke mitgeschleift und zertrümmert.

L. hinterläßt eine Frau und neun Kinder.

Wir halten es für selbstverständlich, daß auch diese Versuche der Unternehmer ebenso zurückgeschlagen werden wie in den Fällen, über die wir seit einigen Tagen schon berichtet haben, und wie sie auch aus einigen Firmen der Metallwarenbranche heute wieder zu melden sind.

Die Metallwarenfabrik F. Hornemann wollte die Tariflöhne für zehn Arbeitsstunden um 50 Prozent kürzen. Der Widerstand der Belegschaft hat sie gezwungen, diesen Wunsch zurückzustellen.

Die Kabelwerke in Wilhelminenhof wollten den Lohn für die zehn Stunden um 20 Prozent kürzen. Die Belegschaft hat durchgesetzt, daß die Firma den bereits verfügbaren Abbau nicht vorgenommen hat.

Die Deutschen Messingwerke in Niederschönweide wollten die Tariflöhne für zehn Wochenstunden ebenfalls

Sobald das Geld im Kasten klingt . . .!

Arbeiterneueinstellungen auf Grund der Notverordnung.

Bei dem Schlichter für Westfalen sind bis zum 22. September von 41 Firmen mit einer durchschnittlichen Gesamtbelegschaft von 6200 Arbeitnehmern Neueinstellungen von Arbeitern angemeldet worden, durch die sich die

Gesamtbelegschaft um rund 900 Köpfe auf rund 7100 erhöht.

Über 50 Neueinstellungen nehmen dabei vor:

Gewerkschaft Eisenhütte Westfalen in Lünen	51 Arbeiter
Kronprinz, Metallwerke in Immigrath	59 „
Maschinen- und Kranbau AG, Düsseldorf	63 „
Firma Reinschagen, Wuppertal-Ronsdorf	50 „
Gelswoider Eisenwerke (Slogerland)	89 „

Im Schlichterbezirk Brandenburg einschließlich der Grenzmark Posen-Westpreußen sind auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932

um 20 Prozent kürzen. Nachdem der Streikbeschuß der Belegschaft vorlag, hat die Firma auf den beschlossenen Lohnabbau verzichtet.

Der Verband der Kasseler Metallindustriellen hatte vor dem Schlichtungsausschuß beantragt, die Löhne in der Kasseler Metallindustrie zu senken. Der Schlichtungsausschuß hat diese Forderung abgelehnt; die bisherigen Löhne und Bezüge sollen bis 31. Dezember 1932 unverändert in Kraft bleiben. Die Metallindustriellen haben ein Einspruchsrecht bis zum 30. September zugebilligt bekommen.

ADGB-Kampfbereitschaft findet Echo.

Die im Bauwerksbund organisierten Berliner Töpfer haben in einer Mitgliederversammlung zu der jüngsten Notverordnung der Papon-Regierung Stellung genommen. Auch sie haben nach einem Referat des Leiters der Fachgruppe, Dreher, eine Entschliebung angenommen, in der sie den Beschluß des ADGB begrüßen, gegen die Lohnkürzungen, die durch die Notverordnung begünstigt werden, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln anzukämpfen.

bei 66 Betrieben 1651 Neueinstellungen erfolgt.

So sind u. a. neu eingestellt worden:

bei der Möbelfabrik Manz & Gerstenberger, Frankfurt (Oder)	100 Mann
bei der Porzellanfabrik Cersten in Sorau	84 „
bei der Uniformfabrik Dreager in Pritzwalk	31 „
bei der Firma Stock u. Co., Berlin	81 „
bei der Maschinenfabrik Haß & Wrede, Berlin	62 „
bei den Nileswerken, Berlin	137 „
bei den Bronnaborwerken, Brandenburg	161 „
bei der Kunststoffsabrik Friesbecke, Berlin	62 „
bei den Keramischen Werken Cerstens in Rhodensberg	49 „
bei der Tuchfabrik Reißner & Co., Guben	67 „
bei der Buchdruckerei Otto Enke in Kottbus	24 „
bei der Steatit Magnesia AG, Berlin	84 „

Unter den Firmen, die Neueinstellungen vorgenommen haben, befinden sich

auch zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe sowie Handwerksbetriebe. Von diesen Betrieben hat beispielsweise, u. a. die Maschinenfabrik Wolff & Co. in Guben, ihre Belegschaft von 11 auf 18 Mann erhöht.

Priester sehen Dich an!

H. R. Denn, was erwürgt ist am Altar, das bringt uns nicht mehr in Gefahr!“ so läßt ein Dichter die Priester sprechen. Welchen Anstrengungen die Priester sich unterwerfen, um Menschen an ihre Altäre zu locken und ihren Geist unselbständig und unterwürfig zu machen, davon erzählt die katholische Massenbroschüre: „Drohnen?“

Schon von der Umschlagseite schaut dir eine große Anzahl priesterlicher Gesichter entgegen. Witterst du weiter, so siehst du an Bildern, die Priester als Opfer, den Priester als Tröster der Lebensmüden, den Priester als Wohltäter der Armen, den Priester als Lehrer der Arbeitslosen. Besser noch als diese Bilder reden die in der Broschüre angeführten Zahlen von der Arbeit, die von den Dienern des geistlichen Despotismus zur „Befruchtung des religiösen Lebens“ geleistet wird.

„Jeden Morgen fleht der Klerus zu Gott für die große Gemeinde der Gläubigen.“ An 16 000 Altären bittet man täglich den Allerhöchsten um seinen Segen. Durch 212 Millionen Sakramentsausstellungen wurden im vorigen Jahr „Kraft und Gnade“ den Gläubigen gespendet, ungefähr 35 Millionen Mal

wurde die Beichte absolviert, bei 260 000 Begräbnissen waren katholische Priester Trostsprecher, 450 000 katholische Ehepaare ließen sich kirchlich trauen, 2 500 000 Fortbildungsschüler erhalten planmäßig „religiöse Lebenskunde“, in 15 371 katholischen Volksschulen wird mit wöchentlich 200 000 Religionsstunden die heranwachsende Jugend eingeführt in die Lehren der Kirche, 370 000 Mitglieder zählen die katholischen Jugendvereine.

Die Notwendigkeit dieser kirchlichen Anstrengungen begründet man damit, „daß sich der heutige Mensch in jeder Lebenslage des religiösen Haltes bedürftig zeige“.

Eines ganz anderen Haltes bedürfen die Menschen: des Haltes, den ihnen die eigene Vernunft und der eigene Wille zu geben vermögen, wenn deren Herrschaft über das Leben nicht durch das Treiben der Priester unterbunden wird. Wer die Unwürdigkeit geistiger Bevormundung begriffen hat, dem werden daher die Zahlen der katholischen Werbeproschüre ein lebendiger Mahner sein, dafür zu sorgen, daß in künftigen Jahren die entsprechenden Zahlen niedriger werden.

Erstklassige Maßarbeit

Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Kostüme
Mäntel
Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG

O. v. Guerickestr.
104, H. r. 1

Stollmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
(Bei Vorzels. d. Inserates 5 % Rabatt)

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung

J. Fürchtenicht
Böttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt Euro Zeitung!

Wacht Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Gewirgt bei Einkäufen
eurer Inserenten!

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.

Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke-Str. 104

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.

Ab 23. Sept.:

Erfahrene Frau gesucht
mit Colleen Moore.

Anny Ondra: Die grausame Freundin.

Fox tönende Wochenschau

Anfangszeiten: 17. 18. 30 u. 29. 48 Uhr.

Werbe Prospekte

Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Pretsberechnung druckt

A. Janiszewski
Buchdrucker und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 23, Fernruf: Sammelnummer P1 Moritzplatz 1471

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Die Ereignisse der letzten Tage beweisen die Richtigkeit dieses von LEONARD NELSON bereits 1919 über die Demokratie gefällten Urteils. Wenige wagen es angesichts der Ereignisse der vergangenen Tage die Demokratie vorbehaltlos zu verteidigen. Doch was soll an ihre Stelle gesetzt werden? Wer sich mit der Demokratie auseinandersetzen will, der lese:

Demokratie und Führerschaft.

Von Leonard Nelson.

3. Aufl. 1932. 176 Seit. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,00 M.

Aus dem Inhalt:

Demokratie und Führerschaft.	Reiz.	Die Narrenbühne.
„Diktator, Parlamentarismus oder Wirtschafts-demokratie?“	Die Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. L. v. e.	Erziehung zur Demokratie.
Gesundheit der Demokratie.	Demokratie als Ueberwindung der Theokratie nach M. A. S. v. e.	Das Urteil der Staatsmänner.
Soziale Demokratie?	Demokratie und Faschismus nach N. I. I.	Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. L. v. e.
Demokratie und Achtung der Masse?	Ein Kulturdokument.	Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. L. v. e.
Die Weisheit der Demokratie als die Wissenschaft des Nicht-Wissens.	Partei-Demokratie.	Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. L. v. e.
Herrschaft der Weisheit und demokratische Kontrolle.	Nach Ende der Demokratie.	Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. L. v. e.
Demokratie und Führerschaft.	Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.	Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. L. v. e.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S. 14, Inselstr. 8a
Postcheckkonto Berlin 318 42.

Der Protest des „Reichsbanners“

Bundesvorstand gibt Anweisung für Neugründungen.

Zu dem herausfordernden Verhalten Brachts, der die Reichsbanner-Ortsgruppen Richtenberg und Ohlau aufgelöst hat, während die Nazigruppen und -mordstürme lustig weiter bestehen dürfen, obwohl sogar der für sie alle verantwortliche „Führer“ den Potempa-Mördern ausdrücklich seine Sympathie ausgesprochen hat, teilt der Bundesvorstand des „Reichsbanners“ mit, daß nach seiner Ansicht Brachts Begründung nicht ausreiche, die Auflösung zu rechtfertigen. Das „Reichsbanner“ werde daher unter Einlegung aller Rechtsmittel gegen die Auflösungsverfügung vorgehen. Die Bundesleitung werde die betreffenden Gaue der aufgelösten Ortsvereine anweisen, alsbald an die Neugründung von Ortsgruppen des „Reichsbanners“ in den betroffenen Orten heranzugehen.

„Zersetzung der Polizei“ — 10 Jahre 9 Monate Festung.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Freitag „wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen das Republiksschutzgesetz“ folgende Kommunisten:

ParteiSekretär Schippe: ein Jahr neun Monate Festung;
Chemotechniker Schnura: ein Jahr sechs Monate Festung;
Rohrrieger Napp: ein Jahr drei Monate Festung;
Arbeiter Kubina: ein Jahr drei Monate Festung;
Arbeiter Enigk: ein Jahr Festung;
Handlungsgehilfe Lange: ein Jahr Festung;
Arbeiter Tondera: ein Jahr Festung;
Schlosser Wappler: ein Jahr Festung;
Zimmermann Hammerschmidt: ein Jahr Festung.

Die Angeklagten hatten im Mai dieses Jahres bei einer KP-Kundgebung in Bitterfeld, zu der viele auswärtige Polizeibeamte zugezogen waren, Flugblätter verteilt und angeklebt. In diesen Flugblättern wurde die Polizei aufgefordert, „nicht mit Gummiknüppel und blauen Bohnen den Hunger der Arbeitslosen zu stillen“ und mit den Arbeitern gegen Brünnings-Notverordnung, Severings Erlasse und für Arbeit, Freiheit und Brot zu kämpfen.

Der „Kampf“ gegen die Presse.

Die kommunistische „Tribüne“ (Magdeburg) ist für sieben Tage verboten worden.

Die „Permanente Revolution“, die Wochenschrift der Bolschewiki-Leninisten, ist vom Berliner Polizeipräsidenten für vier Wochen verboten worden. Den Grund fand der Polizeipräsident in dem Satz: „Hinweg mit einem Regime, das solcher Maßnahmen (Rote Fahne-Verbot. Red.) zur Verschleierung seiner Schandtat bedarf!“

Gegen den Braunschweigischen sozialdemokratischen „Volksfreund“ hatte der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Alpers eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die der Zeitung untersagt wurde, Originalschreiben „nationalsozialistischer Dienststellen“ abdruckend! Alpers hatte die Befugnis erhalten, die beim „Volksfreund“ befindlichen nationalsozialistischen Dokumente, die gestohlen seien, sicherstellen zu lassen. Am Freitag fand die ergebnislose Durchsuchung des „Volksfreund“-Gebäudes statt. Schön.

Eierhandgranaten im Pappkarton.

In der Nacht zum Freitag hielten Polizeibeamte zwei Männer an, die sich in verdächtiger Weise mit einem größeren Pappkarton zu schaffen machten. Als sie merkten, daß die Beamten auf sie aufmerksam wurden, warfen sie den Karton weg und flüchteten. Der Karton enthielt sechs Eierhandgranaten und neun Zünder.

Ein Berliner Wanderbursche hatte sich auf der Berlin-Hamburger Chaussee auf den Anhänger eines Fischtransportzuges gesetzt. Plötzlich geriet der Zug ins Schleudern, und der Anhänger kippte um. Beim Aufräumen fand man den schwerverletzten Wanderburschen, ganz unter Heringen begraben, auf.

Historische Studien.

Oberwachungsausschuß als Untersuchungsausschuß.

Entsprechend dem Beschluß des Ueberwachungsausschusses des Reichstags sind am Freitag die Vorladungen an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsaußenminister und den Staatssekretär der Reichskanzlei abgegangen. Die Herren sollen am Dienstag als Zeugen über die Vorgänge in der letzten Reichstagsitzung vernommen werden.

Darauf wird der Ausschuß seine Beratungen als Ueberwachungsausschuß wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung steht bereits die Beratung der Anträge über Aufhebung von Notverordnungen.

Die vor den Ueberwachungsausschuß geladenen Mitglieder des Reichskabinetts haben beschlossen, der Vorladung Folge zu leisten, und zwar angeblich aus dem alleinigen Grunde, weil so viel entstehende und unrichtige Aussagen im Ausschuß erfolgt seien, daß es dringend notwendig sei den tatsächlichen Vorlauf der Dinge

vor der deutschen Nation

klarzustellen.

Im übrigen bleibt es bei der alten Auffassung der Reichsregierung, daß die Mitglieder der Regierung im Sinne der politischen Vertretung erst dann in den Ausschüssen wieder erscheinen werden,

wenn sowohl der Reichstagspräsident wie auch die Ausschüsse selber sich auf den Standpunkt stellen, daß die in der letzten Reichstagsitzung erfolgte Abstimmung rechtsunwirksam sei.

Wozu dann eigentlich noch die Untersuchung?

Damit sagt die Regierung doch offen, daß sie gar nicht daran denkt, das Ergebnis der Untersuchung in irgend einer Weise bei ihren Maßnahmen zu berücksichtigen. Wenn es zu

Platonische Wünsche im Preußen-Parlament.

Melchers Amtsenthebung gefordert.

In der Freitagssitzung des preußischen Landtages wurde außer den gestern von uns bereits gemeldeten Anträgen in bezug auf die Sondergerichte noch ein kommunistischer Antrag angenommen auf

Aufhebung sämtlicher Zeitungsverbote und auf Amtsenthebung des Herrn Melcher,

der seinerzeit bei der Aktion gegen Preußen in das Amt des Berliner Polizeipräsidenten geraten ist.

Für den Antrag stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Herr Melcher hat sich mit seinen dauernden Zeitungsverboten, die er zum Teil nicht einmal selber aufrechterhalten konnte, während andere vom Reichsgericht abgekürzt wurden, so unliebsam bemerkbar gemacht, daß wir die Annahme dieses Antrages verstehen können, obwohl wir in seine Durchführung einige Zweifel setzen. Dasselbe gilt für die Anträge auf Beseitigung der Sondergerichte und Ueberprüfung der Sondergerichtsurteile. Wie wichtig diese Forderungen an sich

sind, haben wir an Hand zahlreicher Beispiele täglich bewiesen.

Gemeindewahlen am 6. November.

Ferner verabschiedete der Landtag in dieser Sitzung noch den nationalsozialistischen Gesetzentwurf auf

Vorverlegung der Gemeindewahlen in Preußen

auf den 6. November. Die Gemeindewahlen sollen danach also gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden. Für den Gesetzentwurf stimmten außer den Nationalsozialisten nur noch die Kommunisten. Das Gesetz wird nunmehr dem Staatsrat zugeleitet. Wahrscheinlich wird dieser Einspruch erheben. Im übrigen hat am Freitag im Landtag wieder dasselbe Theater stattgefunden wie am Donnerstag, nur daß es diesmal der Staatspartei Nuschke war, dem man durch dauernden Lärm die Möglichkeit zum Reden nahm. Auch dieser Wechsel zwischen Krach und Vertagung endete mit einem Abziehen der Nazis.

Nach dieser „Arbeit“ hat der Landtag die Haushaltsnotverordnung und alle damit verbundenen Fragen dem Hauptausschuß überwiesen und sich vertagt.

Wieder einmal ein Dementi!

In der Sportpalast-Kundgebung der SP am 20. September hatte Wels als Beweis für die Zustände in der Leitung der NSDAP mitgeteilt, Gregor Straßer habe am Abend vor der Reichstagsauflösung den Reichswehrminister Schleicher aufgesucht und ihm nahegelegt, dieser möge auf Hitler einwirken, damit er endlich seinen Anspruch auf den Reichskanzlerposten preisgebe, den zu bekleiden er gar nicht fähig sei. Schleicher sei aber offenbar bereits fest entschlossen gewesen, den Weg der faschistischen Diktatur mit Papen weiterzugehen und habe eine solche Einwirkung abgelehnt. — Zu dieser Behauptung läßt Schleicher erklären, daß Straßer ihn nicht besucht habe und also auch die Folgerungen aus diesem Besuch entfielen.

Der „Vorwärts“ bezeichnet das Dementi als eine Formsache und läßt es dahingestellt, ob Straßer Schleicher aufgesucht habe oder umgekehrt bzw. wo die Besprechung stattgefunden hat. Er sagt im übrigen:

„So sicher Herr Schleicher gegenwärtig Reichswehrminister ist, so sicher hat auch die Besprechung mit Straßer stattgefunden. Allerdings nicht unter vier Augen, sondern in Gegenwart des christlichen Gewerkschaftsführers Imbusch, der sich in Begleitung von Straßer befand.“

Ueber den Wert dieses Dementis braucht man nicht zu streiten. Für die Schwierigkeiten innerhalb der NSDAP gibt es ohne die von Wels erzählte Geschichte Beweise und Erklärungen genug.

Was zu beweisen war!

Der abschließende Heeresbericht aus dem nahen Osten meidet:

„Nach der abschließenden Manöverlage hat die nach der Annahme und den beigegebenen Attrappen auf das modernste ausgerüstete motorisierte Kavallerie von Rot den Erfolg der teilweisen Vernichtung und Abdrängung der im wesentlichen nach den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Diktats arbeitenden blauen Division aus Küstrin zu verzeichnen. Blau hat nicht einmal der roten Aufklärung den Weg nach Berlin verlegen können. Im Ernstfalle wäre also zunächst die Reichshauptstadt für feindliche Zugriffe frei, wenn auch inzwischen erfolgter Abtransport kampfkraftiger Truppen zur Verteidigung Berlins anzunehmen wäre. Jedenfalls hat das Manöver schlagend bewiesen, welche Gefährdung der deutschen Sicherheit und des europäischen Friedens die einseitige deutsche Abrüstung darstellt, und wie unerlässlich die Durchsetzung der deutschen Gleichberechtigung . . .“ u. s. w., u. s. w.

Aus dem Berliner Kommunistenprozeß.

Bei den Verhandlungen am Sonnabend wurden eine große Anzahl von Anträgen gestellt, die Beschlüsse des Gerichts erforderten.

Sie wurden alle gegen die Verteidiger bzw. für die Vertreter der Nebenkläger entschieden.

Mordsturm 33 soll in Moabit antreten.

Rechtsanwalt Litten beantragte die Vorladung des gesamten Sturms 33, um dem Zeugen Engelhardt die Erkennung der Schützen zu ermöglichen.

Außerdem beantragte Litten die Vorladung einiger Zeugen aus der Röntgenstraße, die beobachtet haben, wie

Nationalsozialisten nach der Schießerei durch das Fenster entkommen

sind. Ein anderer Zeuge, dessen Vorladung Litten beantragte, hat gesehen, wie

Nationalsozialisten Waffen fortgeschafft

haben. Weiter ein junges Mädchen, das vor der Schießerei aus dem Hause Röntgenstraße 12 gehen wollte und von einem Nationalsozialisten mit der Begründung zurückgehalten wurde, hier würde gleich geschossen.

Das Gericht wird erst am Montag bekannt geben, ob diesen Anträgen stattgegeben wird.

Der Kampf um die Glaubwürdigkeit.

Bei der Verlesung der Vorstrafen des Zeugen Holzmann, der zwei der Angeklagten bei der Tat beobachtet haben will, ergab sich, daß H. 1929

wegen schweren Mordes verurteilt worden ist.

Auf diesen Bericht hin beantragte der Verteidiger des Nebenklägers, daß auch die Akten für den Entlastungszeugen Engelhardt (Sohn) eingesehen werden. Dem Antrag ist stattgegeben worden. Die Einsicht wird wahrscheinlich nur das ergeben, was der Zeuge selber schon bekanntgab; daß er einmal wegen Beleidigung verklagt worden ist.

Rechtsanwalt Rosenfeld fragte die Zeugin Gericke, welcher Art ihre Herzleiden seien und die beiden Operationen, von denen die Zeugin sprach. Obwohl Rosenfeld betonte, daß die Beantwortung dieser Frage für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit der Zeugin sehr wichtig sei, wies das Gericht diese und ähnliche Fragen dreimal zurück.

Heraus zur Massenkundgebung! Gegen Faschismus, Sondergerichte, Presseverbote. Für überparteiliche Klassensolidarität

am Donnerstag, dem 29. September 1932, abends 7½ Uhr,

in Kliems Festsälen, Neukölln, Hasenheide 13—15.

Redner: Dr. K. Rosenfeld, W. Eichler, R. Siewert. — Musik, Rezitationen, Sprechchöre. — Unkostenbeitrag:

Erwerbstätige 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Arbeiter, Angestellte, Angehörige freier Berufe, erscheint in Massen! Bekundet Euren Willen zum Kampf gegen die drohende faschistische Barbarei, gegen die schrecklichen Zuchthaus- und Gefängnisurteile der Sonder- und Schnellgerichte gegen republikanische und antifaschistische Kämpfer, gegen die Knebelung der demokratischen und revolutionären Presse.

Bekundet Eure Solidarität mit den tausenden proletarischen, politischen Gefangenen, für die Aufhebung der Sondergerichte und für die Freilassung aller proletarischen Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz!

Erscheint in Massen!

Uebt Solidarität!

Internationale Hilfsvereinigung Groß-Berlin.

Hindenburgs Geburtstag als Ferientag.

Herr Dr. Lammers, der von Herrn Papen beauftragte Nachfolger Grimmes hat sich für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (das sind die Zweige seiner besonderen Tätigkeit) ins Zeug gelegt und einen Erlaß herausgegeben:

„Zur Feier des 85. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg bestimme ich, daß am 1. Oktober oder, soweit dieser Tag in die Ferien fällt, am letzten Schultage der Unterricht ausfällt.“

Der sogenannte Berliner Einbrecherkönig Margraf, der im September 1931 vorsehentlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden und seitdem nicht aufzufinden war, ist am Donnerstag abend in einem Berliner Lokal verhaftet worden. M. soll viele Einbrüche in Berlin und in der Umgebung Berlins verübt haben.

Ein Kapitel ostpreußische Siedlungspolitik.

Arbeiter und Bauern vereinigt Euch!

In der „Zeitschrift für Politik“ (Nr. 5/6, August/September 1932) hat der bisherige Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Dr. Siehr, eine sehr interessante Arbeit über „Ostpreußische Siedlungsfragen“ veröffentlicht. Wenn man diese Arbeit gelesen hat, versteht man, warum Siehr aus seinem Amt hinausgeekelt wurde. Siehr, dessen Urteil auf praktischen Erfahrungen aufgebaut ist — er hat fünf- und zwanzig Jahre in engster beruflicher Fühlung mit der bäuerlichen Bevölkerung Ostpreußens gestanden — betont nämlich gleich eingangs seiner Arbeit, daß er „gerade für diese Provinz die Fortführung einer lebhaften, aber vernünftigen Siedlungstätigkeit für eine Lebensfrage Ostpreußens halte.“ (Seite 319.)

Der Großgrundbesitz entvölkert Ostpreußen und belastet den Arbeitsmarkt.

Was uns von Siehr trennt, ist vor allen Dingen die Begründung für die Forderung nach erhöhter Siedlungstätigkeit. Siehr fordert sie vornehmlich aus „nationalpolitischen Gründen“. Er weist dabei auf folgende Tatsache hin: In Ostpreußen leben 61 Menschen auf einem Quadratkilometer, während in den Teilen des polnischen Staates,

Bisherige Siedlungstätigkeit in Ostpreußen.

Nach dem Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 sollte „ein Drittel der durch die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 festgestellten gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der großen (über 100 Hektar großen, W. H.) Güter (mit Einschluß der Domänen) für Siedlungszwecke bereitgestellt“ werden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Güter über 100 Hektar in Ostpreußen betrug 1907 960 000 Hektar. Nach dem Reichssiedlungsgesetz mußten also in Ostpreußen besiedelt werden 320 000 Hektar. Von 1919 bis 1925 sind nach den Angaben von Siehr von der Ostpreußischen Landesgesellschaft m. b. H. insgesamt 1168 bäuerliche Siedlungen von 5 Hektar aufwärts geschaffen worden: 73 Prozent aller Siedlungen in Ostpreußen, 22 Prozent aller Siedlungen in Preußen, 18 Prozent aller Siedlungen im Reich. Seit 1922 wurden von der Ostpreußischen Landesgesellschaft folgende Siedlerstellen geschaffen:

Jahr	Zahl der Stellen	Gesamtfläche in Hektar
1922	258	2 922
1923	297	3 864
1924	176	2 692
1925	66	1 961
1926	162	2 674

Wäre in dem Tempo der Jahre 1922 bis 1926 weiter gesiedelt worden, wäre das im Jahre 1919 geschaffene Reichssiedlungsgesetz in Ostpreußen im Jahre 2032 durchgeführt worden.

Die in den Jahren 1919 bis 1926 geschaffenen Siedlungen gehen an Zahl nicht einmal über die in der Vorkriegszeit geschaffenen Siedlungen hinaus. Nach Siehr hat die Ostpreußische Landesgesellschaft, die im Jahre 1906 ihre Arbeit aufgenommen hat, in den ersten drei Jahren insgesamt 400 Neusiedlungen geschaffen, im Geschäftsjahr 1909/10 196 und im folgenden Jahre 164 neue Stellen.

Erst allmählich setzte ein Aufschwung in der Siedlungstätigkeit ein, der vor allem der planmäßigeren Arbeit des preußischen Staates zu verdanken ist.

Insgesamt in Ostpreußen geschaffene Siedlungen.

Jahr	Zahl der Stellen	Gesamtfläche in Hektar
1924	412	4 231
1925	223	3 774
1926	317	5 225
1927	529	7 998
1928	815	12 197
1929	1 458	17 573
1930	2 137	24 402
1931	2 385	26 212

Insgesamt 8 276 101 612

Die Siedlungstätigkeit hat also von 1925 bis 1931 ständig eine Steigerung erfahren: eine Steigerung der Zahl der Siedlungen auf das Zehnfache, eine Steigerung der besiedelten Fläche auf das Siebenfache. Eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung, die im Jahre 1931 eine jähe Unterbrechung erfahren hat.

Osthilfe bringt Siedlungstätigkeit zum Stillstand.

Siehr sieht eine der Ursachen der jähen Unterbrechung der Siedlungstätigkeit in der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage des Jahres 1931, in dem Bankenkrach im Juli 1931 mit seinen schwerwiegenden finanziellen Nachwirkungen, die auch den Zufluß der staatlichen Siedlungsgelder stocken ließ. Aber, schreibt Siehr: „Dazu kam, daß das Angebot an Siedlungsland nachließ, ja, fast völlig aufhörte.“

Das Angebot von Siedlungsland hörte auf, weil alle die Maßnahmen der Osthilfe die Großgrundbesitzer so weit auf die Beine brachten, daß sie darauf verzichten konnten, Land abzustößen.

Siehr verteidigt die im Rahmen der Osthilfe durchgeführten Umschuldungsmaßnahmen. Er muß aber zugeben: „Schädlich wirkten sich jedoch Fälle aus, in denen die Umschuldung . . . auch solchen Betrieben zu gute kamen, die auch nach der Zinsentlastung nicht mehr rentabel waren und bald wieder notleidend wurden.“

Es wird wenige Großbetriebe in Ostpreußen geben, die nicht trotz der Maßnahmen der Osthilfe notleidend sind, und auch bei ihnen muß man berücksichtigen, daß sie sich nur über Wasser halten hinter ungeheuren Zollschatzmauern, also auf Kosten der Konsumenten und der Bauern, die zum Beispiel an billigen Futtermitteln interessiert sind.

Weil Schutzzölle, Vermahlungszwang, Einfuhrschweine, Frachtvergünstigungen, Umschuldungsmaßnahmen — der ganze Hexenkessel der Subventionswirtschaft — aber doch nicht ausreichen, den Bankrott des ostelbischen Großgrundbesitzes zu verhindern, kam im Herbst 1931 noch das Sicherungsverfahren hinzu, von dem Siehr schreibt:

„Als dann im Herbst 1931 das Sicherungsverfahren eingeführt wurde und Tausende von Betrieben sich unter den Schutz dieses bequemen Asyls gegen ihre Gläubiger flüchteten, da hörte mit einem Schlage das Angebot von Grundstücken zu Siedlungszwecken fast völlig auf.“

die an Ostpreußen angrenzen, doppelt so viele Menschen auf dem Quadratkilometer wohnen. Die Volksdichte Ostpreußens steigt wesentlich langsamer an als im übrigen Preußen. „Sie ist seit 1871 in Preußen um 84,57 Prozent, in Ostpreußen nur um 23,55 Prozent gewachsen. Das beruht wesentlich auf den schweren Abwanderungsverlusten, die Ostpreußen seit Jahrzehnten ständig erleidet. In der Zeit vom 1. Dezember 1910 bis 16. Juni 1925 hat Ostpreußen in Prozenten der am 1. Dezember ortsansässigen Bevölkerung trotz eines Geburtenüberschusses von 10,27 Prozent nur einen Bevölkerungszuwachs von 5,08 Prozent gehabt, da es mehr als die Hälfte des Geburtenüberschusses durch Binnenwanderung verlor.“

Siehr sieht in dieser Tatsache eine Gefahr der Ueberschwemmung Ostpreußens durch Polen. Darum fordert er Siedlung.

Wir sehen eine andere Gefahr der Entvölkerung Ostpreußens. Die durch den Großgrundbesitz hervorgerufene Landflucht vergrößert die industrielle Reservearmee. Eine energische Siedlungspolitik würde den Arbeitsmarkt entlasten. Darum fordern wir Siedlung.

Die Großgrundbesitzer hatten erreicht, was sie erreichen wollten!

Krisenfestigkeit der ostpreußischen Siedlungen.

Obgleich die bäuerlichen Siedlerstellen, vor allen Dingen in den ersten Siedlungsjahren, viel zu teuer angelegt wurden und die Siedler durchschnittlich mit hohen Schuldenlasten angingen, — obgleich sie ferner durch die Wirtschaftskrise schwer getroffen wurden, sind die ostpreußischen Siedler im allgemeinen bis jetzt dieser Schwierigkeiten Herr geworden. Siehr bringt darüber folgendes Material:

In den Jahren 1924 bis 1928 haben überhaupt keine Zwangsversteigerungen von ostpreußischen Siedlerstellen stattgefunden. In den Jahren 1929 bis 1931 ergibt sich der Prozentsatz der zwangsversteigerten Siedlungen gegenüber dem Gesamtbestande der nach dem Kriege geschaffenen Siedlerstellen aus nachstehender Tabelle:

Jahr	Gesamtbestand der nach dem Kriege geschaffenen Siedlungen	Zwangsversteigerungen	Von 100 Siedlerstellen wurden zwangsversteigert
1929	5 688	13	0,23
1930	(+ 2 137) 7 820	7	0,09
1931	(+ 2 385) 10 205	16	0,16

Um zu zeigen, wie gering der Prozentsatz der zwangsversteigerten Siedlungen ist, bringt Siehr zur Vergleichung eine weitere Tabelle mit den in Ostpreußen in den gleichen Jahren insgesamt versteigerten landwirtschaftlichen Betrieben. Er geht bei dieser Tabelle von der Voraussetzung aus, daß von etwa 220 000 landwirtschaftlichen Betrieben Ostpreußens ungefähr 100 000 als selbständige Betriebe anzusehen sind.

Die Zukunft der Siedlungstätigkeit.

Auf dem Gebiet der Neusiedlung, der Anliegersiedlung und des Landarbeiter-Wohnungsbaues waren also in den letzten vergangenen Jahren unter preußischer Leitung erfreuliche Ansätze zu einem Aufschwung vorhanden. Diese Ansätze sind durch den neuen Kurs — den die Großagrarien bestimmen — brutal zertreten worden. Das Reich hat an Stelle Preußens die Leitung der Siedlung übernommen. Das bedeutet bei der augenblicklichen Zusammensetzung der Reichsregierung, in der die ostelbischen Junker triumphieren, zunächst Schluß mit der Siedlung. Papen hat dies in seiner Rundfunkrede am 13. September auch offen ausgesprochen. Die Reichsregierung sieht zwar die bäuerliche Siedlung „als eine der bedeutsamsten nationalpolitischen Fragen an, doch seien hier zunächst schwierige Aufklärungsarbeiten zu leisten.“ Aus der Papenschen Sprache ins Deutsche übersetzt heißt das: Siedlung um unbestimmte Zeit verschoben.

Es ist selbstverständlich, daß diesem neuen Kurs ein Mann wie Siehr weichen mußte, der für Siedlung eintritt und auch im übrigen offen ausspricht, woran die Landwirtschaft krankt.

Siehr fordert

Hebung der Kaufkraft der Konsumenten!

„Die schwerste Gefahr für die Siedlung bedeutet aber zur Zeit das anhaltende Absinken der Preise für bäuerliche Veredelungsprodukte, wie sie gerade der Kleinbauer und Siedler auf den Markt bringt. Dieser Entwicklung, hervorgerufen vor allem durch die sinkende Kaufkraft der breiten Konsumentenschichten der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Klein- und Sozialrentner und des Heeres der Arbeitslosen, entgegenzuwirken, ist Aufgabe der Politik.“

Papen treibt — wie seine Notverordnung vom 4. September zeigt — eine Politik, die breiten Konsumentenschichten eine weitere Verelendung bringt.

Siehr fordert

Zollabbau:

„Ein verstärkter Zollschatz für diese Veredelungsprodukte allein würde kaum ausreichen, selbst wenn er durchführbar wäre; es müßte vielmehr eine Senkung der Preise für Futtermittel und der sonstigen Produktionsmittel des Kleinbauern und Siedlers neben einer allgemeinen Senkung der öffentlichen Lasten angestrebt werden. Die als Spezialwirtschaften angelegten ‚Hühnerfarmen‘ beispielsweise sind infolge der im Interesse des Großbesitzes erhöhten Futtermittelzölle fast überall zum Erliegen gekommen. Aber auch die rein bäuerlichen Siedlungen kommen bei Fortdauer der jetzigen Freischereinspannung zwischen ihren Produkten und ihren Produktionsmitteln in ernste Schwierigkeiten . . .“

Wir können diese Sätze nur unterschreiben.

Siehr fordert

Anabau des Genossenschaftswesens:

„Vor allem wird sich eine bessere Entwicklung des in Ostpreußen noch stark zurückgebliebenen Genossenschafts-

Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke in Ostpreußen:

Jahr	Zwangsversteigerte Betriebe	Von 100 landwirtschaftlichen selbständigen Betrieben wurden zwangsversteigert	Hektar
1923	306	0,30	14 259
1929	395	0,39	17 372
1930	659	0,66	42 496
1931	713	0,71	52 723

Von den alten Betrieben kamen also verhältnismäßig mehr unter den Hammer als von den Siedlerbetrieben.

Anliegersiedlungen.

Wenn man sich ein Urteil über die Siedlungstätigkeit verschaffen will, darf man natürlich nicht nur die Neusiedlungen in Betracht ziehen, sondern muß auch untersuchen, wieviel bäuerlichen Betrieben durch Landkauf, Landpacht oder Bodenverbesserungen zu einer selbständigen Ackeranbahnung verholfen wurde. Siehr bringt über die Entwicklung der ostpreußischen Anliegersiedlung folgende Zahlen:

Durch Pacht und Kauf geschaffene Ansiedlersiedlungen

1) durch Vermittlung der Ostpreußischen Landesgesellschaft:

Jahr	Zahl	Zugelagtes Land in Hektar
1924	25	65
1925	49	125
1926	31	70
1927	62	57
1928	13	33
1929	18	88
1930	18	63
1931	156	466
Insgesamt	375	967

2) durch Vermittlung der Kulturämter:

Jahr	Zahl	Zugelagtes Land in Hektar
1924	636	1 090
1925	318	501
1926	98	186
1927	88	218
1928	138	221
1929	89	182
1930	2 006	10 422
1931	1 591	6 371
	4 974	19 194

dazu Posten 1 375 967

Insgesamt 5 349 20 161

Außerdem sind in den Jahren 1924 bis 1931 gebaut worden: 2848 Landarbeiter-Eigenheime und 5111 Landarbeiter-Werkwohnungen. Erfreulicherweise hat sich neuerdings die Entwicklung zu Gunsten der Eigenheime verschoben. Das ist darum zu begrüßen, weil die Landarbeiter, die in Eigenheimen wohnen, unabhängiger von ihrem Arbeitgeber sind, als diejenigen, die in Werkwohnungen wohnen und ihrem Arbeitgeber auf Gnade und Verderb ausgeliefert sind.

wesens im Interesse der Siedler anbahnen müssen. Neben Eber- und Stierhaltungs-Genossenschaften, Maschinen-Genossenschaften, Bodenverbesserungs-Genossenschaften werden vor allem Absatzgenossenschaften zu gründen sein, wobei die Siedlungsträger und die Kulturämter hilfreiche Hand werden leisten müssen.“

Auch eine Forderung, die wir unterschreiben können.

Die Aufgabe der Arbeiterschaft.

Die Arbeit von Siehr bestätigt, was wir wiederholt betont haben: daß die Interessen der Arbeiter und Bauern sich nicht widerstreiten. Heute werden die Interessen der Arbeiter und der Bauern von der herrschenden Klasse mit Füßen getreten. Weil Siehr sie — wenn auch in bescheidenem Maße — wahrnahm, wurde er kaltgestellt. Großagrarien und Industrielle in trauer Gemeinschaft sind dabei, die Existenzgrundlagen der werktätigen Bevölkerung zu vernichten, und trotzdem besteht heute noch eine

Einheitsfront zwischen Großagrariern und Bauern.

Durch eine geschickte Propaganda, vor allen Dingen innerhalb des Landbundes, haben es die Großagrarien verstanden, die Bauern für die Interessen des Großgrundbesitzes einzuspannen.

Diese Einheitsfront muß zerschlagen werden.

Es wird dazu harter und schwieriger Aufklärungsarbeit bedürfen. Immer wieder müssen wir den Arbeitern und Bauern einhämmern: Ihr müßt Schulter an Schulter für eure Befreiung kämpfen.

Arbeiter und Bauern vereinigt Euch!

Wilhelm Heidorn.

DEUTSCHLAND

Abnahme des Schweinebestandes: Die Schweinezählung vom 1. September ergab gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres eine Verringerung des deutschen Schweinebestandes um 1,2 Millionen Tiere auf 24,2 Millionen. Vergrößert hat sich nur der Bestand an Schlachtschweinen und zwar um insgesamt 102 000 Tiere (2 Prozent) und der Bestand an Tieren im Alter von 1/2 bis 1 Jahr. Die stärkste Bestandsverringering war bei den Ferkeln unter 8 Wochen festzustellen; sie beträgt 479 000 Stück (7 Prozent).

DÄNEMARK

Niedrige Butter- und Schweinepreise: Mitte September betragen die Preise in Oere für ein Kilo:

	Butter	Schweinefleisch 1. Klasse
1929	333	148
1930	248	106
1931	212	78
1932	198	94

(100 Oere kosteten in früheren Jahren 112 Pfennig, im September 1932: 75 Pfennig.)